Erscheint wöchentlich 4 Mal: **Dienstag** und **Freitag früh**, **Mittwoch** und **Sonnabend Mittag**. Pränumerations=Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post=Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.

Insertionen werden bis **Montag** und **Donnerstag Abends** 5 **Uhr**, **Mittwoch** und **Sonnabend** bis **Vormittags** 10 **Uhr** in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus=Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 95. Mittwoch, den 19. Juni. 1867

Das Programm der national-liberalen Partei erfährt von links und rechts die heftigsten Anfeindungen. Während die „Volksztg." sich über die „Verkehrheiten" desselben ergeht, können die „Keurzztg." und die conservativen Correspondenten gar keinen Unterschied zwischen der Linken und der national=liberalen Partei entdecken. Die „Bresl. Ztg." (das Organ de= Fortschrittspartei in Breslau) ist ebenfalls der Meinung, daß die in dem Programm aufgestellten Bestrebungen und Forderungen diejenigen der Fortschrittspartei seien. Sie hält daher auch keine Scheidung zwischen beiden Parteien für geboten. „Es giebt nämlich — sagt sie — in der Fortschrittspartei auch illiberale Elemente; das sind diejenigen, welche den alleinseligmachenden Glauben zu haben prätendiren und nun aus Fanatismus und Unduldsamkeit — Fehler, die gerade der Demokratie fern bleiben sollten — nichts Eiligeres zu thun haben, als die große liberale, die Einheit und Freiheit Deutschlands gleichmäßig bezweckende Partei, in eine intolerante Fraction nebst einem die Gesinnung richtenden Obertribnal zu verwandeln. Diese Scheidung ist nothwendig; sonst keine. Das Hetzen, Verdächtigen und Anfeinden überlasse man doch der „Kreuzztg." und Consorten: diese verstehen das wirklich besser." Die neueste Nr. der autographischen Correspondenz der national=liberalen Partei erklärt sich ebenfalls gegen die von einigen Blättern der Linken fortgesetzten Bestrebungen, die liberalen Elemente noch mehr zu spalten. Die national=liberale Partei — sagt sie — habe sich genöthigt gesehen, auf ein mit der Fortschrittspartei gemeinsames Wahlcomité zu verzich= und weist dabei auf den Fall hin, in welchem bei der frühern Wahl ein Mitglied des von beiden Parteien gemeinsam eingesetzten geschäftsleitenden Ausschusses dem von der Mehrheit der liberalen Wähler aufgestellten national=liberalen Candidaten entgegengetreten sei ꝛc. „Wenn — sagt die Corresp. — in Folge der bei den letzten Wahlen gemachten Erfahrungen die national=liberale Partei selbstständig zu handeln genöthigt ist, so liegt es darum keineswegs in ihrer Absicht, feindlich gegen Mitglieder der andern liberalen Parteien aufzutreten, wie das auch das bereits veröffentlichte Parteiprogramm deutlich ausspricht. Die „Volkszeitung" und die „Zukunft" erklären ausdrücklich: „ihre Partei werde nur solche Mäuner wählen, welche keine Compromisse machen." Dasselbe Schlagwort ist auch bereits von Parteiführern für die Berliner Wahlen ausgegeben worden. Nach der „Rhein. Ztg." werden sich die Clerikalen der von der Fortschriitspartei ausgehenden Wahlbewegung anschließen. Wir gratuliren Hrn. Dr. Becker zu seinem Bündniß mit Hrn. v. Mallinckrodt, der es, wie wir hören, im preußischen Sodom nicht hat aushalten können und nach München übersiedelt ist. Wir finden es unbegreiflich, daß die Fortschrittspartei eine derartige Wahlparole ausgeben will. Die national=liberale Partei wird es nie verlengnen, daß sie im vergangenen Jahre Compromisse mit dem Ministeriom geschlossen hat, aber es haben ihr Abgeordnete, welche jetzt noch an der Spitze der Fortschrittspartei stehen. aus bester Ueberzeugung dabei geholfen. Haben nicht die HH. Löwe und Duncker, welche den Wahlausschuß der Fortschrittspartei bilden, für die Ertheilung der Indemnität gestimmt, und hat nicht der Erstere diesen Beschluß in einer trefflichen Rede begründet? Wir wollen mit diesen Männern nicht darüber rechten, ob es politisch war, sich auf die weiteren vom Ministerium angebotenen Compromisse einzulassen, oder nicht, aber gegen den Grundsatz, daß man sich mit einem mächtigen Gegner, der das Recht anerkennt, nach Möglichkeit zu verständigen habe, können sie nichts einzuwenden haben, da sie denselben in einer der wichtigsten Fragen vor wenigen Monaten selbst befolgten. Was sollen überhaupt die ewigen Anfeindungen und Vecdächtigungen wider die National-Liberalen bedeuten? Man kann doch unmöglich glauben, daß das Volk Norddeutschlands seit den Wahlen zum Reichstage, durch den es seinen Wunsch für das Zustandekommen des Norddeutschen Bundes deutlich an den Tag gelegt hat, seine bisherige Ueberzeugung abgelegt habe wie einen alten Rock! Es will uns daher nicht als ein praktisches Wahlmanöver erscheinen, daß die Herren jetzt so thun, als ob sie mit dem Hauch ihres Mundes jeden Wahlcandidaten fortblasen könnten, der nicht nach der allein selig machenden Vereinigungstheorie zugeschnitten ist. Die national=liberale Partei wird sich durch derartige Hetzereien nicht irre machen lassen oder gar zu einer Wiedervergeltung verleitet werden; ihre Mitglieder sind nicht Feinde ihrer alten Bundesgenossen geworden. Allein die Erinnerung wäre wohl am Platze, daß das alte Fortschritts=Programm, in welchem damals nicht einmal das allgemeine Stimmrecht Platz fand, auch auf der Idee des politischen Compromisses beruht hat. Das ist kein Vorwurf, es giebt aber keine andere Art von praktischer Thätigkeit in der Politik als durch Vermittelungen. Wollt oder könnt ihr nicht eine Revolution machen, so müßt ihr zu Compromissen greifen, es sei denn, daß ihr euch mit der hohlsten Phrasenherrschaft begnügtet!"

Zur Situation.

— **Zur Luxemburger Frage.** Lord Stanley hat in der Sitzung des englischen Unterhauses vom 14. Juni eine Interpellation über den Luxemburger Vertrag beantwortet. Es ist aus seinen Erklärungen zu ersehen, daß England der von ihm für die Neutralität Luxemburgs geleisteten Garantie. vorzugsweise eine moralische Bedeutung beilegt und sich mindestens bei einem neuen Konflikt nur dann zu einem entschiedeneren Eingreifen verpflichtet glauben würde, wenn auch die übrigen kontrahirenden Mächte in gleichem Sinne vorgingen. Einen übergroßen Werth kann man demnach dieser Kollektivgarantie nicht beilegen. Im Uebrigen giebt Lord Stanley die wohlwollende und unbefangene Würdigung der deutschen Verhältnisse kund, von welcher er in der letzten Zeit schon öfter Beweise gab, und was er über die allgemeine europäische Lage sagt, verdient besondere Beachtung. Wir verweisen auf den unter London folgenden Bericht.

Politische Rundschau.

Deutschland.

— **Berlin.** Nachdem für die Soldaten die Soldverbesserungen bereits eingetreten sind, sollen nach der „K. Z." auch die Subaltern=Officierstellen und die damit gleichstehenden Armeeärzte in den Gehältern verbessert werden. Ebenso sollen, demselben Blatt zufolge, die Entschädigungssätze für Quartier und Servis erhöht werden, soll auch die leibliche Pflege der Soldaten noch der Verbesserung entgegengehen, ohne das Soldabzugsverfahren irgendwie zu verändern, dergestalt, daß die Soldaten nach zwei Seiten hin besser gestellt werden.

— Die Stadtverordneten haben 10,000 Thlr. zu Schutzmaßregeln für einen etwaigen Ausbruch der Cholera bewilligt.

— Die „Bresl. Morgenztg." schreibt: Vor mehreren Tagen stand in der „Volksztg.", daß der Advokat Tschirner, Mitglied der Dresdener provisorischen Regierung im J. 1849, jetzt, nachdem eine langjährige Zuchthausstrafe sächsischen Zuschnittes ihn gebrochen, der Armenverwaltung in Bautzen zur Last falle. Es schien uns unglaublich, daß die sächsische Demokratie einen ihrer würdigsten Genossen in der Art vergessen könne. Wir wandten uns daher an einen Freund in Bautzen und ersuchten ihn, uns Näheres über den frag=

— **Schöne Pietät.** — Wie man aus der Biographie Platen's weiß, ist derselbe bei seiner letzten verhängnißvollen Reise nach Syrakus von einem dortigen alten Herrn, Don Mario de Landolina, sehr freundlich aufgenommen worden. In der Krankheit namentlich, welcher der Dichter am 5. December 1835 auf fremder Erde erlag, nahm sich Ritter Landolina seiner mit der herzlistchen Sorgfalt an; neben seiner Villa liegt er auch begraben.

In der Familie Landolina's scheint das Andenken an den auf ihrem Besitzthum ruhenden Dichter nicht erloschen zu sein und jedenfalls ist es Beweis einer sehr zarten und rührenden Pietät, daß am 17. v. M. ein Enkel des würdigen Mannes eigens nach Ansbach gekommen ist, um die Geburtsstadt Platen's kennen zu lernen. Bei dem Besuche, den er dem Bürgermeister abstattete, übergab er demselben ein in italienischer Sprache verfaßtes Billet, das in der Uebersetzung lautet: „Ansbach, den 17. Mai 1867. Mario Landolina Interlandi, der, als er noch jung war, in Syrakus den berühmten Dichter, Grafen Karl August Platen kannte, dessen Freundschaft sein Großvater Marchese Mario Landolina sich rühmte, hat heut eine hohe Pflicht achtungsvoller Erinnerung erfüllt, indem er die Vaterstadt des Mannes besuchte, dessen ehrbare Asche er noch in seinem Garten zu bewahren die Ehre hat."

— **Communaler Luxus.** Ein Taumel glänzender Feste, ein Wettstreit strotzender Tafeln und üppiger Gelage bewegt und berauscht in diesem Augenblicke die hohen und höchsten Kreise von Paris. Auch der Seinepräfect Herr Haußmann ist in diese kostspielige Arena getreten und hat mit dem englischen und dem österreichischen Gesandten um den Preis des Geschmackes nud des erreichbar höchsten Grades von Ueppigkeit gerungen — natürlich nur auf Kosten der Stadt Paris. Von der Art dieser communalen Zustände, wie sie die civilisationsstolzen Franzosen sich gefallen lassen, kann man sich bei uns kaum eine Vorstellung machen. Man schreibt darüber von dort:

„Unverantwortlich wird überhaupt mit den Geldern der Stadt Paris umgegangen; allein nichts ist verletzender, als diese beständige Prasserei einer Gesellschaft, die von dem Kaiser eingesetzt ist, um die Stadt Paris zu regieren. Wenn man doch wenigstens die Leute selber wählen dürfte, welche als die Repräsentanten einer Bevölkerung die Honneurs einer reich nnd glänzend besetzten Tafel machen! Allein die armen Pariser Nomaden dürfen nur zahlen, zählen aber auf ihren eigenen Boden gar nichts. Der Luxus, der in Tafelgeschirr, Ausschmückung der Säle und Vorhallen bei Gelegenheit des dem Könige der Belgier gegebenen Diners entfaltet wurde, geht ins Fabelhafte und erinnert an die fetten Tafeln einer vitellianischen Epoche.

Die Zeitungen erzählten, daß sogar ein eigener Fachmann nach Sicilien und Afrika geschickt wurde, um Palmen und sonstige Südgewächse zum Schmuck der Treppen und Galerien des Stadthauses massenhaft herbeizuschaffen. Getrunken wurden, wie die Karte bezeugt, nur die theuersten Weine — und das Alles auf Kosten der Stadt und zu größerer Ehre des Präfekten und der Frau Baronin v. Haußmann. Dafür aber muß auch der arme Arbeiter für den Hectoliter Wein, den er sich schon in preiswürdiger Qualität zu 20 Franken bis ins Haus liefern lassen kann, 20 Franken Steuer an die große, reiche, mächtige Stadt Paris bezahlen. Der Herr Präfect aber bestellt jedes Jahr ein neues silbernes Tafelservice."

(Deutsche Blätter.)

lichen Fall zu berichten. Derselbe schreibt uns: Im Dec. v. J. kam Tschirner, ohne vorher Jemanden benachrichtigt zu haben, hier an, logirte sich in ein Gasthaus untergeordneten Ranges ein und wurde von einigen Freunden so weit unterstützt, daß er wenigstens sein Leben fristen konnte. Er erwarb sich zunächst um das Bürgerrecht, da er nur dann seine advokatorische Praxis wieder aufnehmen könnte. Es vergingen nun einige Monate hierüber, wie das ja gewöhnlich der Fall ist, endlich war das Resultat der Berathungen des hochweisen Rathes, den T. nicht in den Bürgerschaftsverband aufzunehmen. Die Verhältnisse der Freunde Tschirners, die selbst zahlreiche Familie haben, gestatteten nicht, denselben weiter zu unterstützen. T. sah sich nun leider in die traurige Lage versetzt, beim Stadtrath um Unterbringung, resp. Unterstützung anzuhalten, die ihm dadurch gesichert wurde, daß er im Correctionshause untergebracht wurde. Er ist in dieser Anstalt dadurch bevorzugt, daß er ein Zimmer für sich und auch ein besseres Bett hat, als die Correctionäre. Tschirner ist körperlich leidend, durch einen Schlaganfall an der rechten Seite gelähmt, aber geistig noch frisch, so daß er, wenn er seinen Schreibern dictirte, ganz gut seine Praxis ansüben könnte. Können Sie, mein lieber Herr für den armen alten Mann etwas thun, so unterlassens Sie's nicht, Sie thun ein gutes Werk. Beschämen Sie Menschen, die früher sich um die Gunst Tschirners bewarben und ihn jetzt nicht mehr kennen wollen." Wer mit uns der Meinung ist, daß der Advokat Tschirner aus dieser unwürdigen Lage, der Almosenempfänger eines halbwendischen Stadtraths zu sein, befreit werden müsse, der wolle uns mit Geldbeiträgen unterstützen. Wir würden dieselben im Einvernehmen mit unseren Freunden in Bautzen dazu benützen, den armen Mann wieder auf eigene Füße zu stellen, damit er sich seinen Lebensunterhalt selbst verdienen könne.

— Der „Magd. Ztg." wird von hier geschrieben: „Die mit den meisten norddeutschen Kleinstaaten abgeschlossenen Militärkonventionen enthalten eine Bestimmung, welche bei gewisser Auslegung leicht im Stande sein würde, einer der dringenst gebotenen Reformen unseres Wehrwesens eine unvorhergesehene und sicher unerwünschte Verzögerung zu gewähren. Die definitive Organisation der norddeutschen Heeresmacht wird nach den mit diesen Kleinstaaten abgeschlossenen Verträgen nämlich erst binnen sieben Jahren eintreten. Der § 61 der norddeutschen Verfassung bestimmt aber in seinem Hauptsatze, daß im gesammten Gebiete des norddeutschen Bundes sofort mit dessen Konstituirung die preußische Militärgesetzgebung in Kraft treten solle, während in einer Zusatzbestimmung der Erlaß eines künftigen allgemeinen norddeutschen Militär-Strafgesetzes von dem Zeitpunkte der definitiven Organisation der norddeutschen Wehrverfassung abhängig gemacht wird. Als eine der nächsten und dringlichsten Aufgaben des künftigen norddeutschen Parlaments würde sich deshalb empfehlen, gleich bei der Mittheilung über diese Konventionen den erwähnten wichtigen Punkt sicher zu stellen und auf die möglichst schleunige Vorlegung eines neuen norddeutschen Militär-Strafgesetzes zu dringen; denn wenn je, so wäre da die Gelegenheit geboten, dem schon so lange und so oft erhobenen Wunsche eine Erfüllung zu bereiten, nämlich die Militär-Strafgerichtsbarkeit in den einfachen Disziplinarfällen von den eigentlichen Kriminalfällen zu trennen und die Aburtheilung dieser letztern dem ordentlichen Richter zu überweisen. Wichtig hierfür erscheint, daß diese Trennung in dem bisherigen oldenburgischen Militär-Strafgesetze bereits ausgeführt ist, und daß deshalb für die Durchführung der bezeichneten Aufgabe auf die betreffenden Bestimmungen desselben zurückgegriffen werden könnte." — Beklagenswerthe Vorfälle, wie der vielbesprochene, der sich vor Kurzem in Berlin ereignet hat, weisen aufs Dringendste auf die Nothwendigkeit einer solchen Reform hin. Trotz des außerordentlichen Aufsehens, das dieser Vorfall mit Recht überall macht, fehlt nicht nur bis jetzt jede bestimmtere Aufklärung über die Einzelnheiten, sondern es ist bei der Heimlichkeit des Gerichtsverfahrens schwerlich auch nur später eine ausreichende zu erwarten. Kaum, daß man seiner Zeit von dem Urtheil Zuverlässiges hören wird. Im preußischen Staat mag so manche Institution, trotz des allgemeinsten und lebhaftesten Widerspruches, ihr Dasein noch fortgefristet haben, deren Aufrechterhaltung im norddeutschen Bunde sich als unmöglich erweisen wird. Man wird daran gehen müssen, innerhalb dieses neuen Baues von den ererbten, häuslichen Eigenthümlichkeiten Manches fahren zu lassen.

Aus Nordschleswig, den 15. Juni. Die dänische Regierung hat sich ja wohl geweigert, im Falle einer Rückabtretung schleswigschen Gebiets, Garantien zu geben für die Nationalität der mitabzutretenden Deutschen, und zur Rechtfertigung dieser Weigerung sich darauf berufen, daß die in Dänemark lebenden Deutschen ja auch keines besonderen Schutzes bedürften, um ohne Anfechtung zu leben. Dieser Einwand steht auf zwei schwachen Füßen, denn erstens beweist er nichts für ein Grenzgebiet, und zweitens ist er nicht einmal wahr. Die deutschen Gesellen in Kopenhagen, dort verhältnißmäßig ebenso zahlreich wie in Paris, sind seit dem Kriege von 1864 geradezu verhindert gesellig unter sich zu verkehren, weil der dänische Pöbel sie regelmäßig stört und auseinandertreibt. Ganz ähnlich geht es neuerdings den Deutschen in Norwegen, wo bekanntlich seit 1064 die früher ziemlich schwache Sympathie mit Dänemark in helle Flammen ausgeschlagen ist. Die Deutschen in Christiania z. B. gaben sich früher auf ihren Zusammenkünften der Pflege ihrer nationalen Sympathien und Interessen ohne jede Einschränkung hin; seit jenem Wendepunkt aber müssen sie es für gerathen halten, sich mit gemeinschaftlichem Musikbetrieb zu begnügen. Meint man, daß der feindselige Geist, der solche Wirkungen nach sich zieht, verschwinden werde, wenn Nordschleswig ohne Flensburg, Sundewitt und Alsen — wie die „Kölnische Zeitung" will, — zurückgegeben sein wird? Im Gegentheil, er wird neue Stärke aus der theilweisen Befriedigung saugen, die allenfalls besänftigend wirken könnte, wollen ihm doch selbst die eifrigsten Fürsprecher einer derartigen Lösung der Frage nicht gewähren.

München, den 15. Juni. Die bairische Presse ist mit Betrachtungen über das Verhältniß Baierns zur Rekonstruktion des Zollvereins angefüllt. Die demokratische „Pfälz. Volksztg." spricht sich mit Entschiedenheit für die angebahnte neue Zollverfassung aus. Auf einem solchen gesunden Bau, meint das genannte Blatt, läßt sich schon weiter bauen. Die volkswirthschaftlichen Interessen müssen zur einstweiligen Ueberbrückung der Mainlinie angewendet werden. Der ultramontane „Volksbote" setzt natürlich Himmel und Hölle gegen den Zutritt Baierns zum Zollparlament in Bewegung. Ein hiesiger Korrespondent der „Augsb. Postztg." wiederholt die Klage, daß um das unverantwortliche Haupt des Staates ein Ring von noch weniger verantwortlichen Personen sich befinde, durch welchen auch Fürst Hohenlohe bei einer Reise nach Berlin verhindert worden sei, die allerhöchsten Befehle in der Angelegenheit einzuholen. Auch die „Wochens. d. Fortschrp." konstatirt ein ähnliches Verhältniß und bemerkt darüber:

Der dynastische Partikularismus, dessen bekannte Vertreter dem Könige am nächsten, wagt hier mit den wirthschaftlichen Lebensinteressen Baierns ein wirkliches Spiel zu treiben. Was nützt all die Theilnahme an der internationalen Ausstellung, was soll die wohlverdiente Lobpreisung unserer heimischen Industrie in den Spalten der amtlichen Zeitung, wenn gewisse Kreise vor der Arbeit und dem Schweiße des Volkes noch nicht soviel Respekt bekommen haben, daß sie vor seinen Ansprüchen und Bedürfnissen die eignen armseligen Antipathien zurückzustellen vermögen. Ist denn unter dem ganzen reaktionären, oder wie hier retardirenden Haufen ein Einziger, der seinem Fürsten ernstlich den Vorschlag zu machen wagt, die bairische Industrie, das bairische Verkehrsleben überhaupt los zu reißen von der segensreichen Verbindung, deren sich auf wirthschaftlichem Gebiete das deutsche Volk jetzt seit einer Reihe von Jahren erfreut? Soll denn wirklich die bairische Selbstständigkeitspolitik zum Kinderspott der Welt werden? Man könnte in ein helles Gelächter ausbrechen, wenn es sich hier nicht um so ernste Interessen so vieler Hunderttausende, nicht der Hofschranzen, der Staatspensionäre, sondern der, Tag um Tag, Jahraus Jahrein, im Schweiße ihres Angesichts mit Kopf und Hand arbeitenden Bevölkerung des Landes handelte.

Wie mehrere Blätter melden und die „Augsb. Postztg." bestätigt, ist im Ministerium die Frage zur Anregung gekommen, die Zahl der kirchlichen Feiertage in Baiern zu vermindern.

Hannover. Der wegen welfischer Agitationen verhaftete Gutsbesitzer von Jeinsein sen. zu Gestorf ist gegen Bestellung einer Kaution von 1000 Thlr. aus der Untersuchungshaft in Berlin wieder entlassen. — Auch die k. Polizeidirektionen zu Celle und Göttingen werden zu Chefs Beamte aus den ältern Provinzen erhalten. In Celle tritt an die Spitze der Polizei der Polizei-Inspektor Schubardt aus Stettin, in Göttingen tritt der Polizeirath Grote von seiner Funktion als Polizeidirektor zurück und wird in dieser durch einen altpreußischen Beamten ersetzt werden.

Oesterreich.

— In der Sitzung des Abgeordnetenhauses zu Wien am 17. Juni überreichte Herr v. Beust Gesetzentwürfe, betreff. die Abänderung der Februar-Verfassung und die Ministerverantwortlichkeit, und theilte mit, die Frage der Befestigung Wiens werde als gemeinsame Angelegenheit besonderen Delegationen überwiesen werden. Der Kaiser habe angeordnet, daß einstweilen die Befestigungsarbeiten einzustellen seien. — Der Justizminister erklärte, daß die Schwurgerichte in den neuen Entwurf der Strafprozeß-Ordnung aufgenommen seien.

— Eine Petition um Aufhebung der Todesstrafe hat die österreichische Advocatenkammer beim Reichsrath eingebracht. In der Motivirung dieser Petition führt die Advocatenkammer ungefähr Folgendes an: „Das Erforderniß einer gerechten Strafe ist, daß sie für dasselbe Verbrechen Jeden ohne Unterschied gleich treffen sollte, und das Erforderniß eines guten Gesetzes ist, daß es sich den Begriffen anschließe, welche seinen Bürgern zur Ueberzeugung geworden sind. Der Tod aber ist bei der Verschiedenartigkeit der, über die Natur und Bedeutung desselben zu dem menschlichen Leben herrschenden Anschauungen dem Einen nur der Eingang zu einem höheren Leben, dem Andern dagegen nur der Abschluß dieses Lebens, über welches hinaus wegen der völligen Unzulänglichkeit menschlicher Maße zur Beurtheilung übermenschlicher Verhältnisse totale Ungewißheit herrsche. Der Staat könne daher nicht eine Katastrophe als Strafe festsetzen, welche für den Einen die ersehnte Befreiung, für den Anderen der Inbegriff alles Gräßlichen und Grauenvollen ist. Die Aufhebung der Todesstrafe, einer Strafe, die sich aus den Zeiten der rohesten Auffassung des Strafrechts in unserer Gesetzgebung vererbt hat, ist daher eine Anforderung der sittlichen Anschauungen unserer Zeit, und mit dem Fortschreiten der Cultur wird die Todesstrafe in einem gebildeten Staate ebenso unmöglich werden, wie die Folter und Hexenprozesse unmöglich geworden sind. Oesterreich möge sich die Ehre erringen, zuerst unter den Großmächten diesen Anforderungen nachgekommen zu sein."

— Die Reise des Kaisers nach Paris ist definitiv festgestellt; Graf Edmund Zichy, der sich vorgestern dorthin begeben hat, ist mit einer auf jene Reise bezüglichen Mission betraut. — Die Differenzen, welche zwischen Deak und dem Ministerpräsidenten Graf Andrassy in Bezug auf die Palatinatsfrage bestanden haben, sollen beigelegt sein. Man ist übereingekommen, die den Palatin betreffenden Gesetze vom Jahre 1848, die bekanntlich nur im Hinblick auf die Person des Erzherzogs Stephan abgefaßt worden waren, insofern abzuändern, als gesetzlich festgestellt werden soll, daß es stets eine und dieselbe Person sein müsse, welche eventuell den unmündigen Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn zu vertreten hätte. — Wie man vernimmt, sollte das Krönungsgeschenk von 100,000 Dukaten ursprünglich zu einer Deak-Stiftung verwendet werden; allein der bescheidene Mann lehnte diese Auszeichnung ab und soll den Antrieb dazu gegeben haben, daß das Geschenk den Wittwen und Waisen der Honveds gewidmet wurde.

Frankreich.

— Die große Leutseligkeit des Königs von Preußen und Einfachheit seines Auftretens hat ihn in Paris populär gemacht, so weit dies bei der politischen Lage überhaupt möglich war. Der König erschien fast stets in Civilkleidung und promenirte häufig des Morgens auch in dem nicht reservirten Theile des Tuilleriengartens. Als er die ungarische Abtheilung in der Ausstellung besuchte, präsentirten ihm der ihn empfangende königlich ungarische Kommissar Terey ein Glas Tokayer, welches er lächelnd mit den Worten leerte: „Auf das Wohl Ihres neugekrönten Königs". Dieser Toast machte auf die anwesenden Ungarn nicht geringern Eindruck. — Die allgemeine Entwaffnung soll weder von den Souveränen, noch von den sie begleiteten Staatsmännern zur Sprache gebracht worden sein, wohl deshalb, weil die Diskussion höchst heiklige Themata hätte berühren müssen, die leicht Verstimmung erzeugen konnten, ohne daß irgend ein praktisch greifbares Resultat zu Tage gekommen wäre. Die Ideen des Kaisers sollen sich jetzt wieder mehr dem preußischen Wehrsystem zuneigen, und wenn der gesetzgebende Körper starke Umgestaltungen an dem Reorganisationsprojekte vornimmt, so wird die Regierung ihrerseits gleichfalls Modifikationen vorschlagen, die sich dem angedeuteten System nähern würden. — Das Kabinet von St. James hat ebenfalls eine besondere Depesche nach Washington geschickt, um für die Befreiung des Kaiser Maximilian mitzuwirken. Die Regierung der Vereinigten Staaten verhält sich jedoch darin ziemlich lau, und im günstigsten Falle wird Maximilian nur durch schwere Geldopfer auszulösen sein. — Was das politische Ergebniß der hiesigen Fürstenzusammenkunft betrifft, so scheint man sich nur in dem Wunsche geeinigt zu haben, daß jeder Anlaß zu neuen Verwickelungen mit größter Sorgfalt vermieden werden möge. Zu einer spezielleren Erörterung ist die kandiotische Frage gelangt, und zwar auf einer im Hotel der russischen Botschaft abgehaltenen Konferenz, welcher Fürst Gortschakow, Marquis v. Moustier, Graf Bismarck, Lord Cowley und Baron Budberg beiwohnten, und zu welcher später auch Fürst Metternich hinzugezogen wurde. Es soll auf dieser Konferenz der französisch-russische Vorschlag, der Pforte eine internationale Enquête über die Angelegenheiten Kandias zu empfehlen, angenommen worden sein, doch wären die Vertreter Englands und Oesterreichs darauf bedacht gewesen zu bemerken, daß ihre Regierungen sich durch die Beschlüsse der mit der Untersuchung betrauten gemischten Kommission nicht für gebunden erachteten. Graf Bismarck soll sich in Bezug auf die orientalische Frage im Allgemeinen beruhigend ausgesprochen haben; „dieselbe sei allerdings ein siedender Topf, der aber erst dann springen würde, wenn man Feuer genug hinzuschüren wollte; das aber falle Niemandem ein." Ueber die Bemühungen Frankreichs, Rußland von Preußen abzuwenden, soll der Minister präsident in seiner bekannten freimüthigen Weise sich etwa dahin geäußert haben: „Rußland brauche Preußen mehr, als dieses von Rußland Unterstützung erwarte; im Orient aber habe Preußen gewiß freiere Hand als Frankreich, und könne, wenn es nöthig wäre, größere Zugeständnisse machen als jenes." In Bezug auf die deutschen Verhältnisse habe Graf Bismarck blos ganz im Allgemeinen die Einhaltung der jüngst abgeschlossene Verträge als den Standpunkt bezeichnet, welchen Preußen einzunehmen gedenkt, aber nicht verhehlt, daß das Werk deutscher Einigung nicht auf die Dauer zu verhindern sein werde. Ob Frankreich darauf verzichtet hat, dieses Einigungswerk ungestört sich vollziehen zu lassen, steht dahin. Von Spöttern wird behauptet, das Ergebniß aller dieser Besprechungen sei „ein herzliches Mißtrauen."

— Am 15. d. Mts. erfüllte Paris die Nachricht, daß die Generale Castillo und Mejia hingerichtet worden seien, gerade die offiziösen Blätter („Patrie", „France" u. s. w.) mit düsteren Ahnungen wegen des Schicksals Maximilians. Das „Mem. diplom." will aus guter Quelle wissen, daß, nach einer vor drei Tagen dem amerikanischen Gesandten zugegangenen Kabeldepesche, Herr Campbell noch nicht bei Juarez, der sich in San Luis de Potosi aufhält, eingetroffen war, folglich auch von diesem in Betreff der Begnadigung Maximilians keine abschlägige oder ausweichende Antwort, wie gemeldet worden, erhalten haben konnte. Der Gesandte der Verein. Staaten bedurfte, da er einen großen Theil des Weges im Innern von Mexiko zu Maulthier zurücklegen muß, zur Reise von Neuorleans bis San Luis de Potosi 10—12 Tage.

— Die „Situation" setzt ihre Thätigkeit dem von ihr beim ersten Erscheinen verkündeten Programm gemäß, fort. Es wird feierlich im Namen Deutschlands gegen das Bismarck'sche System, gegen die Eisen- und Blut-Politik protestirt, im Namen Oesterreichs gegen eine neue Allianz zwischen Wien und Berlin, im Namen Dänemarks gegen die Verletzung des Prager Friedens, im Namen Hollands gegen das Abkommen in der Luxemburger Frage, im Namen Polens gegen die Einverleibung Posens in den Nordbund, im Namen der ganzen civilisirten Welt gegen das System der übermäßigen Rüstungen, wie es in Berlin ein- und ausgeführt wird 2c. Der preußische Ehrgeiz muß endlich in fernerhin unübersteigliche Grenzen zurückgedrängt, der Rhein den Preußen abgenommen, den — Deutschen zurückgegeben und die deutsche, nicht die preußische Einheit wiederhergestellt werden „L'Allemagne des Allemands", ist die Lösung des großen Problems.

Die polnische Emigration hat folgende Adresse an den Kaiser Napoleon zur Unterzeichnung aufgelegt:

Sire. Die Geschichte unseres Vaterlandes in der Hand, verurtheilen wir laut, in unserem Namen und im Namen Polens, einen sträflichen und unsinnigen Akt. Wir sprechen in diesem Augenblick weder von unsern Rechten, noch von unsern Leiden. Eine Thatsache beherrscht gegenwärtig für uns alles Andere: ein Verbrechen ist versucht worden; ein Pole ist der Thäter. Wir protestiren, Sire; ganz Polen protestirt vor Ew. Maj. gegen das Attentat und seinen Urheber. Solche Werke sind nicht polnische Werke. Neun Jahrhunderte der Größe und ein Jahrhundert des Märtyrerthums beweisen es zum Ueberfluß. Sire, wir segnen Gott, der nicht gestattet hat, daß ein Unglücklicher, welcher unser Landsmann ist, unter den Augen und an der Seite Ew. Majestät einen Souverän getroffen hat, welcher sich der Gastfreundschaft Frankreichs anvertraut hatte, wir segnen Gott, aber wir schaudern bei dem Gedanken, daß das Leben Ew. Majestät bedroht sei, da diese Kugel Sie treffen konnte, Sie, Sire der Sie uns mit Wohlthaten überhäufen, Sie den Erwählten Frankreichs, welcher uns seit beinahe vierzig Jahren so großmüthige Gastfreundschaft gewährte. Unter allen Verdammungsrufen, welche sich erheben, muß der unsrige der tiefste, der energischste, der schmerzlichste sein, denn wir sprechen im Namen der christlichen Moral, im Namen der Humanität, im Namen unserer Nationalehre selbst, jener Ehre, welche für unser Vaterland in seinem gegenwärtigen Unglück neben unserem Vertrauen zu Gott unsere letzte Stärke und unser letzter Trost ist.

— Der Vicekönig von Egypten ist am 16 Abend um 5 Uhr in Paris eingetroffen. Der Kaiser fuhr ihm natürlich nicht entgegen, da der neue Gast nur ein Halb-Souverän ist, aber man hatte nach dem Eisenbahnhofe sechs Gala-Hofwagen für ihn und sein Gefolge gesandt und dort ein Bataillon Infanterie nebst Musik aufgestellt. Eine große Anzahl Türken, Beduinen, Aegypter, Araber, alle in ihrer Nationaltracht, so wie alle Mitglieder der hiesigen ägyptischen Schule waren vor dem Bahnhofe versammelt. Die ganze türkische Botschaft, mehrere hohe französische Beamte und andere hochgestellte Persönlichkeiten hatten sich im Innern des Bahnhofes eingefunden, um den Vicekönig zu begrüßen. Neben dem Gaste nahm der türkische Botschafter Platz und ihm gegenüber die Hofbeamten, welche denselben im Namen des Kaisers zu empfangen hatten. Der Vicekönig fuhr durch die Rue Rivoli direkt nach den Tuillerien, wo ihn der Kaiser und die Kaiserin begrüßten. Er bezog darauf den Pavillon Marsan.

Provinzielles.

Tilsit, den 14. Juni. Unser freigemeindlicher Prediger Herrendörfer soll durchaus nicht Stadtrath werden. Nachdem bekanntlich seine Wahl von der Gumbinner Regierung nicht bestätigt worden ist, hat nunmehr auch das Oberpräsidium die desfallsige Beschwerde unserer Stadtverordneten für unbegründet erklärt. (K. n. Z.)

Pelplin, den 16. Juni. Mit Genehmigung der hiesigen bischöflichen Behörde sollte während der Pfingstfeiertage in der Kirche zu Jablau eine Mission durch Mitglieder aus dem Jesuiten-Orden abgehalten werden. Die Polizei-Behörde hat indeß die Abhaltung der qu. kirchlichen Vorträge gänzlich untersagt. Der Grund ist unbekannt.

Königsberg. Polizei-Präsident v. Leipziger ist, wie die „Ostp. Ztg." meldet, zum Regierungs-Präsidenten des Osnabrücker Bezirks in der Provinz Hannover ernannt worden. Als den hiesigen Nachfolger des Herrn v. L. bezeichnet man Landrath von Brandt in Danzig. — Eine Falschmünzerbande im Zuchthause wurde kürzlich, wie die „Ostpr. Ztg." berichtet, in Insterburg entdeckt. Ein Schmidt saß dort wegen dieses Verbrechens ein und betrieb das Geschäft weiter. Die von ihm im Zuchthause geschmiedeten Einthalerstücke wurden durch einen Schließer in Umlauf gesetzt. Dieser ist vom dortigen Schwurgerichte zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt, des intelligenten Schmieds Zuchthausstrafe um eine Reihe von Jahren verlängert worden.

Lokales.

— **Se. Majestät der Kaiser von Rußland** passirte den 18. d. Mts., Morgens 3³/₄ Uhr mit seiner Begleitung mittelst eines Extrazuges (10 Waggons) den Bahnhof Thorn, auf welchem sich die Spitzen der hiesigen Behörden (des Militärs, der Kommune und des Kgl. Landrathamts) zur Begrüßung des Kaisers eingefunden hatten. Für das übrige Publikum, welches sich daselbst eingefunden hatte, war der Bahnhof abgesperrt. Der Zug hielt nicht an, sondern fuhr schnell weiter.

— **Kommunales.** Heute, Mittwoch, den 19. ist von der ersten Wählerversammlung zum Stadtverordneten gewählt:

Herr Kaufmann Appolt mit 12 Stimmen.

Herr Drechslerm Borkowski mit 10 Stimmen.

Von 92 Wahlberechtigten betheiligten sich an der Wahl 10.

— **Handelskammer.** In der Sitzung am 17. wurde der Jahresbericht p. 1866 definitiv festgestellt. — Der Handelskammer ist aus der Mitte der Geschäftswelt die Mittheilung zugegangen, daß der von hier Abends nach Bromberg abgehende Courierzug dort den Anschluß nach Berlin zuweilen nicht erreicht. Mit diesem Zuge werden sowol die gewöhnlichen, als auch die Geld- und recommandirten Briefe befördert und müssen in besagtem Falle in Bromberg 24 Stunden liegen bleiben. Die interessirenden Geschäftsleute erfahren eine solche Verspätung, durch welche auch Verlegenheiten entstehen, erst mehrere Tage später. Diesem Uebelstande könnte durch ein baldiges öffentliches Avertissement des Verspätens vorgebeugt werden. Mit Rücksicht hierauf hat die Handelskammer die K. Direktion der Ostbahn ersucht, daß dieselbe eine etwaige Verspätung des besagten Zuges dem hiesigen Königl. Postamt telegraphisch anzeige, damit diese Behörde die Verspätung durch Anschlag im Postgebäude zur öffentlichen Kenntnißnahme bringe. — Die Russische Telegraphen-Station in Poln. Leibitsch soll nicht wie es früher hieß (s. Nr. 87 „Kommerzielles") aufgehoben, sondern ihre Beamtenkräfte vermindert werden. Mit Rücksicht hierauf wurde die Handelskammer ersucht im Interesse des hiesigen Handelsverkehrs sich für die Einrichtung einer Telegraphen-Station in Preuß. Leibitsch zu bemühen, was auch durch ein Gesuch an die Königl. Telegraphen-Direktion in Berlin erfolgt ist. Durch die Errichtung der erbetenen Station fiele insbesondere die jetzige hohe Gebühren-Taxe und die umständliche Bestellung der Telegramme nach dem diesseitigen Leibitsch fort. Daß demnächst die bezügliche telegraphische Correspondenz, hauptsächlich von Thorn nach Leibitsch et vice versa, einen bedeutenden Aufschwung nehmen möchte, ist mit Sicherheit vorauszusehen.

— **Schulwesen.** Heute, d. 18. d., machten zur Gedächtnißfeier der Schlacht von Belle-Alliance, die Schüler des Königl. Gymnasiums in Begleituug ihrer Lehrer die seit Jahren stattfindende Turnfahrt nach der Barbarker-Mühle, wo sie den Tag über durch Turnübungen und ihrem Alter angemessene Spiele sich ergötzten.

Das Schulfest, oder mit Rücksicht auf die große Theilnahme, welche dasselbe nun bei der gesammten Bevölkerung der Stadt findet, besser gesagt Volksfest wurde von der schönsten Witterung begünstigt.

— **Von der Mocker** wird uns mit Rücksicht auf die betreffende Notiz in vor. Num. mitgetheilt, daß Freiwillige Patroillendienst gethan haben, zu welchem Einige auch vom Ortsschulzen aufgefordert worden sind.

— **Zur Anpflanzung von Bäumen** in der Stadt vernehmen wir erfreulicher Weise, daß unser neulich gemachte Vorschlag vielseitigen Anklang findet und der Verschönerungsverein, die Ausführung in die Hand zu nehmen, bereits angegangen sein soll.

— **Genossenschaftswesen.** Am Dienstag, d. 25. d. Mts. findet der Unterverbandstag für die Vorschuß-Vereine der Grenzkreise von Westpreußen und Posen statt, zu welchem Herr Parisius-Gardelegen hier eintreffen wird. Das Genossenschaftsgesetz macht es nothwendig, daß die besagten Vereine über ein Normal-Statut in Berathung treten.

— **Industrielles.** Die Glasmalerei in München erfreute sich in und außerhalb Deutschlands eines wohlverdienten, anerkennungsvollen Rufes. In jüngster Zeit jedoch hat sie eine ebenbürtige Konkurrentin, die Glasmalerei Berlin's, erhalten. Ein sehenswerthes Produkt derselben ist das Geschäftsschild, mit dem Herr Glasermeister Orth sein Haus in der Brückenstraße geschmückt hat.

— **Die Darlehnskassenscheine,** welche in Gemäßheit der Verordnung v. 18. Mai v. J. ausgegeben wurden, werden nach einer Bekanntmachung des Hrn. Finanzministers vom 1. Juli d. J. ab nur noch bei der Kgl. Darlehnskasse in Berlin und bei den Kgl. Regiernngshauptkassen angenommen und daselbst eingelöst. Die Besitzer solcher Scheine werden aufgefordert, dieselben bei den vorerwähnten Kassen einzuliefern.

— **Diebstahl.** Während auf der Mocker in Folge der Sicherheits-Patrouillen die Diebstähle aufgehört haben, treiben die Langfinger ihr unbesteuertes und illegales Gewerbe auf der Bromberger-Vorstadt munter und frech weiter. In der „mondbeleuchteten" Nacht vom 17—18 d. machte einer oder einige von ihnen den Bewohnern einer Sommerwohnung, wahrscheinlich zwischen 11 und 2 Uhr, einen Besuch. Während diese im Schlafgemache schliefen, stieg jener, oder jene in das an das Schlafgemach stoßende Wohnzimmer und entwendeten daselbst eine goldene Taschenuhr und mehrere Kleidungsstücke, im Gesammtwerthe von c. 100 Thlr.

— **Polizeibericht** Vom 1. bis 14. Juni sind 4 Diebstähle zur Feststellung gekommen.

21 Bettler, 16 Dirnen, 7 Ruhestörer, 12 Obdachlose und 5 Legitimationslose zur Verhaftung gebracht worden.

304 Fremde sind angemeldet.

Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

— **Zollverein.** Die Eröffnung der Zollkonferenz ist Anfangs oder Mitte nächster Woche, also unmittelbar nach Ablauf der Ratifikationsfrist der Uebereinkunft vom 4. Juni in Aussicht genommen. Ein Telegramm der „K. Z." setzt den Anfangstermin auf die Tage zwischen dem 24. und 26. d. Mts. Sollte bis dahin Baiern seinen Beitritt zu der Uebereinkunft vom 4. d. Mts. nicht erklärt haben, so nimmt man an, daß der bairischen Regierung die Zollvereinsverträge gekündigt werden. Wie man dem genannten Blatte schreibt, würde dann Baiern auch auf jener Konferenz der Bevollmächtigten der Mitglieder des norddeutschen Bundes und der der Uebereinkunft beigetretenen süddeutschen Staaten nicht vertreten sein. Uebrigens erwartet man hier, wie wir erfahren, in sonst gut unterrichteten Kreisen, daß es zu solchen Weiterungen nicht komme, vielmehr Baiern noch vor Eröffnung der Zollkonferenz der Uebereinkunft vom 4. Juni beitreten werde.

— **Münzkonferenz.** Zu Vertretern Badens auf der am 17. d. Mts. zu Paris zusammentretenden Münzkonferenz sind der großherzogliche Gesandte am französischen Hofe, Freiherr von Schweizer, und der großherzogliche Kommissar für die Weltausstellung, Geh. Referendar Dietz, ernannt. Baiern wird durch den Obermünzmeister Haindl und den Staatsrath Hermann vertreten sein. Es handelt sich in der Münzkonferenz um allgemeine Einführung der Goldwährung und übereinstimmender Ausmünzungen. Schwerlich wird man über den Ausdruck von Wünschen und von allgemeinen Gesichtspunkten hinauskommen; ein eigentliches Programm für die Konferenz existirt, so viel bis jetzt bekannt, nicht.

— **Tabaksteuer.** Am Freitag, d. 14. war eine Versammlung Berliner Tabak-Fabrikanten bei dem Herrn Steuerrath Barniko, der dieselbe berufen, um den Herren eine Vorlage mitzutheilen, die aller Wahrscheinlichkeit nach vom Finanzminister v. d. Heydt herrührt und wonach die Tabakssteuer auf Rohtabak von 4 Thlr. auf 10 Thlr, fabrizirter Tabak von 11 Thlr. auf 15 Thlr., Cigarren von 20 Thlr. auf 25 Thlr. à 100 Pfund und außerdem eine Fabrikations- und Consumtionssteuer von Cigarren extra per Mille 15 Sgr. und auf Rauchtabak und Schnupftabak durchschittlich 1 Sgr. à Pfund bezahlt werden sollen, — ferner soll der Landmann, welcher Tabak baut, per Morgen 20 Thlr. Steuer bezahlen. Schließlich soll der Herr Steuerrath das Monopol in Aussicht gestellt und bemerkt haben, daß in Frankreich per Kopf 29½ Sgr., während bei uns im Zollverband nur 2 Sgr. pr. Kopf auf Tabak aufgebracht würden.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 18. Juni. Temp. Wärme 9 Grad. Luftdruck 28 Zoll 1 Strich. Wasserstand 4 Fuß 4 Zoll.

Den 19. Juni. Temp. Wärme 6 Grad. Luftdruck 28 Zoll 1 Strich. Wasserstand 4 Fuß 1 Zoll.

Inserate.

Bekanntmachung.

Die zum Bau der neuen Bürgerschule erforderlichen auf ca. 1000 Thlr. veranschlagten Töpferarbeiten und auf ca. 500 Thlr. veranschlagten Glaserarbeiten sollen im Wege der Submission verdungen werden, und sind diesfällige Offerten mit der Aufschrift „Submission auf Töpferarbeit und mit der Afuschrift „Submission auf Glaserarbeit" versehen, spätestens bis

zum 24. Juni cr.

Nachmittags 5 Uhr

uns einzureichen.

Die Bedingungen sind in der Registratur einzusehen.

Thorn, den 14. Juni 1867.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der auf 1500 Thlr. veranschlagten Eisenarbeiten für die Erneuerung eines Theiles des Oberbaues der Weichselbrücke hierselbst sollen im Wege der Submission verdungen werden, und sind diesfällige Offerten versiegelt mit der Aufschrift „Submission auf Eisenarbeiten" versehen spätestens bis

zum 24. Juni cr.

Nachmittags 5 Uhr

uns einzureichen.

Bedingungen und Zeichnung sind in der Registratur einzusehen.

Thorn, den 14. Juni 1867.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Fischerei-Nutzung in dem diesseitigen halben Weichselstrome von der Kaszczorek-Treposzer Grenze bis zum Ende der Dorfgrenze von Gurske soll auf drei Jahre vom 1. Juli 1867 bis dahin 1870 anderweit verpachtet werden, und haben wir hierzu einen Licitationstermin auf

den 24. Juni cr.

Nachmittags 5 Uhr

in unserem Secretariat anberaumt.

Thorn, den 14. Juni 1867.

Der Magistrat.

Schlesinger's Garten.

Donnerstag, den 20. Juni

5. ABONNEMENTS-CONCERT

von der Kapelle des 61. Inf.-Regts. unter Leitung ihres Direktors.

Anfang 7½ Uhr. Entree 2½ Sgr.

J. Schlesinger.

Bekanntmachung.

Die Verpachtung der zur Weber'schen Stipendienstiftung gehörigen Rittergüter Schrammen und Orkusch betreffend.

Die zur Weber'schen Stipendienstiftung gehörigen Rittergüter Schrammen und Orkusch im Rosenberger Landraths-Kreise, zwischen den Städten Riesenburg, Marienwerder und Stuhm belegen und $1/2$ Meile von der Marienwerder, $3/4$ Meilen von der Riesenburg-Rosenberger Chaussee, sowie 4 Meilen von der Eisenbahn, Bahnhof Marienburg entfernt, sollen vom 1. Juni 1868 ab auf achtzehn Jahre bis ult. Mai 1886 mit vollständig bestellten Winter- u. Sommersaaten, ohne Inventarium, zusammen oder auch jedes Gut besonders, öffentlich an den Meistbietenden verpachtet werden.

Der Bietungs-Termin ist auf

Montag, den 22. Juli d. J.
Nachmittags 2 Uhr.

hier im deutschen Hause festgesetzt worden.

Pachtlustige werden zu diesem Termin mit dem Bemerken eingeladen, daß die Verpachtungsbedingungen im Magistrats-Geschäftszimmer hierselbst täglich eingesehen werden können. Eine Bietungs-Kaution von Dreitausend Thlrn. in Staatsschuldscheinen oder Pfandbriefen ist vor der Licitation zu erlegen.

Die Bedingungen sind gedruckt und können auf Erfordern Jedem, gegen Erstattung der Kosten von 1 Thlr., verabfolgt, werden.

Das Gut Schrammen enthält nach der letzten Vermessung an nutzbaren Ackerflächen

Gärten	6,92	Morgen.
Acker	915,46	„
Wiesen	172,82	„
Hütung	27.92	„
im Ganzen	1123,12	Morgen

einschließlich des nicht mit zu verpachtenden Forstdienstlandes von 12,40 Morgen.

Das Gut Orkusch enthält

Gärten	2,50	Morgen.
Acker	670,78	„
Wiesen	98,75	„
Hütung	98,85	„
Zusammen	870,88	Morg. prß.

und die Fischerei in einem 240 Morgen großen fischreichen See.

Das in der Gesammtfläche befindliche Forstdienstland von 12,58 Morgen bleibt von der Verpachtung ausgeschlossen.

Für die nutzbaren Flächen beträgt die Grundsteuer

a. für Schrammen 97 Thlr. 4 Sgr. 10 Pf.
b. für Orkusch 70 „ — „ 7 „

Zu diesem Pachtgeschäft ist ein Vermögen von ca. 20,000 Thlr. erforderlich.

Riesenburg, den 6. Juni 1867.

Der Magistrat.

Plattes Garten.
Donnerstag, den 20. d. Mts.



von den Mitgliedern der hiesigen Regiments-Kapelle.

Anfang 6 Uhr Abends. Entree $1\frac{1}{2}$ Sgr.
Auf Wunsch nach dem Concert **Tanz.**

Lotterie. Ziehung d. 26. d. Mts. Gewinne:

225,000,

125,000, 100,000, 50,000, 30,000, 20000, 15000, 12000, ꝛc. ꝛc.

hierzu sind Original-Loose (keine unerlaubte Promessen) $1/8$ zu $2\frac{1}{2}$ Thlr., $1/4$ zu 5 Thlr., ($1/2$ und $1/1$ pro Rata) direct zu beziehen durch das seit 50 Jahren wohlbekannte Bankgeschäft von

H. D. Dellevie in Hamburg.

Rein- und feinschmeckende Caffee's, Zucker in Broden und gemahlen, feine Thee's, Chocoladen von Th. Hildebrand u. Sohn in Berlin, sowie sämmtliche Colonial- und Materialwaaren in bester Qualität empfiehlt billigst

Friedrich Zeidler.

In der Buchhandlung von **Ernst Lambeck** sind folgende Reisehandbücher und Karten stets vorräthig:

Bädeker's Paris eleg. gebd. 1 Thaler 18 Sgr. — Illustr. Pariser Führer eleg. gbd. 1 Thlr. — Führer für die Pariser Welt-Ausstellung 1867 12 Sgr. — Aus Grieben's Reise-Bibliothek: Paris 25 Sgr. — Warmbrunn 10 Sgr. — Berlin 15 Sgr. — Das Riesengebirge 15 Sgr. — Die Sächsische Schweiz $7\frac{1}{2}$ Sgr. — Drei Tage im Harz 5 Sgr. — Reinerz und Cudowa 15 Sgr. — Die Böhmischen Kurorte 20 Sgr. — Bad Ems 15 Sgr. — Die Schlesischen Kurorte 15 Sgr. — Dresden 15 Sgr. — Bocke, Neuer Führer durch Thüringen $12\frac{1}{2}$ Sgr. — Müller, das Riesengebirge 15 Sgr. — Straß, Salzburg, Ischl u. Gastein 15 Sgr. — Bädeker's Schweiz eleg. gebd. 1 Thlr. 22 Sgr. — Illustr. Alpenführer eleg. gebd. 1 Thlr. 10 Sgr. — Illustr. Londonführer eleg. gebd. 1 Thlr. 10 Sgr. — Bädeker's Conservationsbuch für Reisende eleg. gebd. 1 Thlr. — Franz, Post-Karte von Central-Europa 15 Sgr. — Dieselbe auf Leinwand gezogen 1 Thlr. — Müller, Karte der Eisenbahnen Mittel-Europa's 18 Sgr. — König, Post- und Eisenbahnkarte von Mittel-Europa 18 Sgr. — Kunsch, Reisekarte von Deutschland 10 Sgr. — Handtke, Generalkarte vom Preuß. Staat 10 Sgr. — Handtke, Reisekarte von Deutschland auf Leinwand gez. 2 Thlr. — Engelhardt, Spezialkarte der Provinz Westpreußen 3 Thlr. — Engelhardt, Karte der Provinz Preußen auf Leinwand gez. 1 Thlr. — Handtke, Karte der Provinz Westpreußen auf Leinwand gez. $22\frac{1}{2}$ Sgr. — Handtke, Karte der Provinz Ostpreußen auf Leinwand gez. $22\frac{1}{2}$ Sgr. — Hardtke, Karte der Provinz Posen auf Leinwand gez. $22\frac{1}{2}$ Sgr. — Handtke, Karte von Polen 10 Sgr. — Heck's, Neuester Plan von London 15 Sgr.

Königl. Preuß.
Staats-Lotterieloose

zur bevorstehenden 1 Klasse den 3. Juli verkauft

$1/1$ für $18\frac{1}{3}$ Thlr. $1/2$ $9\frac{1}{6}$ Thlr. $1/4$ $4\frac{7}{12}$ Thlr. $1/8$ $2\frac{1}{3}$ Thlr.
$1/16$ $1\frac{1}{6}$ Thlr. $1/32$ 20 Sgr. $1/64$ 10 Sgr.

und versendet, **alles auf gedruckten Antheilscheinen,** gegen Postvorschuß oder Einsendung des Betrages

die Staats-Effecten-Handlung von

M. Meyer, in Stettin.

NB. Durch beständiges Glück begünstigt, fielen in meinem Debit in 130. Lotterie **40,000 Thlr.,** in 132. **15,000 Thlr.,** in vorletzter Lotterie der zweite Hauptgewinn **100,000 Thlr.** und in **135. letzter Lotterie zweimal 10,000** und **5 mal 5000 Thlr.**

Neue Matjes-Heeringe

vom Juni-Fange in bester Qualität pro Schock 1 Thlr. 15 Sgr., per Stück 10 Pfennige, Schott. Crownfl. und Großberger Heeringe in Tonnen empfiehlt

Adolph Raatz.



Per $1/1$ Fl. 20 Sgr. per $1/2$ Fl. 10 Sgr.

Nach Emancipation

von französischer Mode muß die deutsche Industrie streben. Wie im vorigen Jahrhundert das berühmte Cölnische Wasser alle auswärtigen Essenzen verdrängte, so wird auch jetzt in Deutschland das von uns in Cöln erfundene

Eau de Cologne philocome
(Cölnisches Haarwasser)

mit Recht allen anderen Haarmitteln vorgezogen.

Es befördert das Wachsthum der Haare in unerwarteter Weise, macht sie glänzend, lockig und seidenweich. Das Ausfallen der Haare hemmt es unbedigt und schützt gegen beginnende Kahlköpfigkeit, die sich oft nach Krankheiten einstellt. Der tägliche Gebrauch dieses feinen Toilette-Artikels verhindert das frühzeitige Grauwerden der Haare.

Cöln am Rh.

A. Moras & Cie.
Hoflieferanten Sr. Königl. Hoheit des Fürsten zu Hohenzollern-Sigmaringen.

Echt zu haben: in Thorn bei **Ernst Lambeck** in Bromberg bei **Hegewald** jun; in Graudenz bei **Julius Gäbel**; in Rogasen bei **Jonas Alexander**.

Mittwoch, den 19. d. Mts. Abends 6 Uhr

General-Versammlung

des Lesekabinets, behufs Wahl der Zeitnngen für das nächste Vierteljahr.

Der Vorstand.

Wollsäcke,
Getreidesäcke,
Rapspläne

billigst bei **Moritz Meyer.**

Dutzend **Badebilletts** zum Baden im Badeschiff à 15 Sgr. sind bei mir und in der Handlung **Fr. Tiede** zu haben

G. Fritsch. Bazarkämpe.



200 grobwollige und 100 feinwollige **Fetthammel,** sehr stark und gut fett, sind in Ostrowitt p. Schönsee zu verkaufen.

In Folge Verpachtung des zu den Samostrzeler Gütern gehörigen und im Wirizer Kreise belegenen Dorfes Kraczki, welches $3/4$ Meilen von der Ostbahn Osiek entlegen ist, soll sämmtliches lebende und todte Inventar daselbst durch öffentliches Meistgebot im Termin den

24. Juni cr. und die nächstfolgenden Tage

verkauft werden. Die Verkaufsbedingungen können in der Dominial-Kanzelei eingesehen werden.

Es werden zum Verkauf gestellt:

1) 1100 Stück Schafe verschiedenen Alters und Geschlechts.
2) 256 Lämmer aus dem Monat März und April d. J.
3) 20 Arbeitspferde.
4) 15 Melkkühe.
5) 20 Arbeitsochsen.
6) 2 Stammochsen.
7) 8 Stück Jungvieh.

Ferner eine Anzahl Schwarzvieh, komplette Wirthschaftswagen, Pflüge, eiserne und hölzerne Eggen, Extirpatoren, Ruhrhacken, Geschirr und ein Vorrath trockenen Schirrholzes.

Außer dem oben erwähnten Inventar werden im Bietungstermine auch noch drei $4\frac{1}{2}$jährige Reitpferde sowie der Vollbluthengst **Formidable** von **Joung Catton** aus der **Forget me not** verkauft werden.

Dominium Samostrzel.

Culmerstr. 345/47.

Gebrüder Jacobsohn
empfehlen ihr Lager
grauer und weißer Leinwand
in jeder Qualität und Breite aus den renommirtesten Fabriken
zu billigsten Preisen.

Culmerstr. 345/47.

Billig! 7. Brückenstrasse 7. Billig!

Großer Möbel-, Spiegel- und Sopha-Ausverkauf von

L. Marcurse aus **Bromberg.**

Die Verlobung unserer Tochter **Rosa** mit dem Kaufmann Herrn **Sigismund Mattias** aus Glogau zeigen allen Freunden und Bekannten statt jeder besondern Meldung ergebenst an

A. Henius und **Frau.**



Ein gestickter **Turngürtel** ist verloren und gegen Belohnung abzugeben bei **Carl Mallon.**

Heugras-Verkauf.

200 Morgen Heugras bin ich willens, Sonntag Nachmittag den 23. Juni d. J. gegen gleich baare Bezahlung meistbieteud zu verkaufen.

Gniefkower-Kämpe, den 17. Juni 1867.

E. Leichnitz.

Vom 1. k. Mts. ab soll der Abfall aus der Menage-Küche der Brückenkopfs-Kaserne anderweitig vergeben werden. Etwaige Bewerber wollen sich bei der unterzeichneten Kommission melden.

Thorn, den 18. Juni 1867.

Die Menage-Kommission des 1. Bataillons 8. Pom. Inftr. Regmts. Nr. 61.

Eine elegante Kavalier-Wohnung ist sofort zu beziehen. **Neustadt 66,**

Dr. Fischer's Wwe., Mineralwasserfabrik.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck.** — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck.**